

(Abg. Lieberach.)

- (A) Und wenn diese Tatsache, daß die Löhne des Bauarbeiters unzureichend sind, vorhanden ist, ist es dann ungerechtfertigt, einem Erwerbslosen für die Zeit, wo er ohne sein Verschulden aus dem Produktionsprozeß gestossen wird, weil diese bürgerliche Gesellschaft nicht in der Lage ist, bei Aufrechterhaltung des Profitprinzips für die Weiterführung ihrer Wirtschaft alle Arbeiter in Deutschland im Produktionsprozeß unterzubringen, ist es dann ungerechtfertigt, einem solchen Arbeiter wenigstens die Hälfte des Tariflohnes zu geben? Ich sage: nein, es ist zu wenig, was man ihm gibt. Wenn schon die Sätze im Betriebe unzureichend sind, dann sind sie, auf die Hälfte herabgesetzt, für die Erwerbslosen erst recht unzureichend. Es muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß gegenüber diesem ohne jede finanzielle Bindung vorliegenden Ersuchen unter Ziffer 2 des Mehrheitsantrages, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, eine feste Grenze nach unten gesetzt wird, die als Mindestleistung von der bürgerlichen Gesellschaft verlangt werden muß, um die Arbeiter vor allzugroßer Verelendung zu schützen. Daß auch auf diesem Gebiete ein Druck der Erwerbslosen, ein Druck der Arbeiterorganisationen, ein Druck der Arbeitervertreter in den Parlamenten notwendig ist, das zeigen die Vorgänge im Reiche. Der Sozialpolitische Ausschuß, der ursprünglich 30 Proz. für die Hauptunterstützungsempfänger geben wollte, wurde durch das Diktat der Luther-Regierung veranlaßt, auf 20 Proz. für den Hauptunterstützungsempfänger und auf 10 Proz. für die Zuschlagsempfänger herabzugehen. Ein lediger Arbeiter in der Klasse A soll heute in Deutschland mit 9,72 M. wöchentlicher Unterstützung sein Leben fristen und seinen Verpflichtungen gegenüber dem Staate nachkommen. Wie das gemacht werden soll, das mögen doch diejenigen, die für eine derartige Regelung eintreten, den Erwerbslosen einmal vormachen. Sie mögen ihm mit gutem Beispiel vorangehen und einmal versuchen, ein Jahr für diese Sätze ihr und ihrer Familie Leben zu fristen.

Wenn man bei dieser Stellung der provisorischen Reichsregierung Luther, die wahrscheinlich wiederkommen wird, die Behandlung der Erwerbslosen sieht, dann muß natürlich, von Seiten der Arbeitervertreter ganz anders gegen eine solche Regierung vorgegangen werden. Nicht, daß man diese Regierung ersucht, sondern, daß man in den Ländern und Gemeinden die vorhandene Staatsmacht einsetzt und das, was an Steuern einkommt — Sachsen ist ein Land, das wesentliche Überschüsse an Steuereinkommen an die Reichsregierung abführt — zurückbehält und im Interesse des sächsischen Volkes verwendet. Man soll solche Mittel anwenden, um die Reichsregierung zu einer anderen Stellung gegenüber den Erwerbslosen, gegenüber den sächsischen Staatsangehörigen zu zwingen. Man darf nicht dulden, daß eine solche Politik auf Kosten des arbeitenden Volkes in Sachsen durchgeführt wird.

Wenn Herr Abg. Lippe sich mit einer bewundernswürdigen Dreistigkeit hierher stellt und behauptet, in der ganzen Vergangenheit sei kein Beweis erbracht worden, auch nicht im Ausschusse, daß ein stärkerer Schutz der Arbeiter gegen Maßregelung und gegen Betriebsstillegungen notwendig sei, so findet man keinerlei parlamentarische Kennzeichnung für eine solche Darstellung, für ein solches Paket, wie es darin zum Ausdruck kommt. Tag für Tag sehen wir, daß die Arbeiter aus den Betrieben, nicht nur einzeln, nicht nur zu Hunderten, sondern zu Tausenden auf die

Straße geworfen werden, trotzdem Aufträge vorhanden sind, trotzdem günstige Rechnungsabschlüsse vorliegen und trotzdem man bei dem Privatleben des einzelnen Unternehmers nicht sieht, daß er sich bei der Verschwendung seiner Betriebsgewinne irgendwie einschränkte oder auch nur einzuschränken versuchte. Im Gegenteil, die Pelze werden immer größer und kostbarer, die Zahl der Autos wird größer, ihre Ausstattung wird luxuriöser. Für alle die herrlichen Sachen in den Läden, die neuesten Modeartikel, in den Delikatessgeschäften sind die Käufer für diese Dinge in Deutschland keine Erwerbslosen, keine Arbeiter aus den Betrieben, sondern es sind die Unternehmer und die von ihnen bezahlten Syndizi, die hier eine derartige Stellung einnehmen. Sie können gut davon reden, daß die Not in Deutschland nicht vorhanden sei. Sie merken's nicht, und wenn sie einmal mit der Not des Volkes in Berührung kommen, wie es bei Beginn dieser Sitzung der Fall war, wo gequälte Menschen einmal nach Recht schrien und ihr Recht verlangten, dann rufen Sie nach der Polizei und werfen diese Leute auf die Straße. Das ist Ihr einziges Auskunftsmitglied.

Wenn dann weiter zu A 3 Herr Lippe feststellt, daß es wünschenswert sei, daß ein Kurzarbeiter in seinem Einkommen nicht niedriger gestellt sei als ein Erwerbsloser und wenn man das mit der Ablehnung einer ausreichenden Erwerbslosenunterstützung verbindet, so liegt alles das in der Linie des Lohnabbaues, in der Linie der Beseitigung der sozialen Fürsorge für die Arbeiter in den Betrieben und für die Erwerbslosen. Die Arbeiter sollen in der rücksichtslosesten Weise gezwungen werden, diese Gesundheitskrise der kapitalistischen Wirtschaft auf ihrem Rücken auszufrachten zu lassen und die Kosten dafür zu bezahlen.

Herr Abg. Lippe will von der Erklärung des Herrn Abg. Dennhardt, daß auch die Bauarbeiter es nicht ablehnen werden, länger zu arbeiten, wenn das Volk in Not ist, ausgiebigen Gebrauch machen und den sozialdemokratischen Abgeordneten und Gewerkschaftsangeestellten gegen die um den Achtstundentag kämpfenden Arbeiter ausspielen. Das ist von einem Vertreter der Unternehmer begreiflich, aber unbegreiflich ist es, daß ein Mensch, der sich Arbeitervertreter nennt, bei solchen Verhandlungen mit den Unternehmern angesichts des Steigens der Erwerbslosigkeit, angesichts der Offensive der Unternehmer auf der ganzen Linie, eine solche Erklärung gegenüber den Unternehmern abgibt und ihnen damit die Waffen in die Hand gibt, um den Kampf gegen die Arbeiter zu führen. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Das Volk in Deutschland ist in Not, aber wenn die Arbeitszeit verlängert wird, dann wird die Not nicht beseitigt, sondern verstärkt. Was zur Beseitigung dieser Not getan werden muß, das ist, daß die Arbeiter sich ein Beispiel nehmen an dem Weg, den das russische Proletariat gegangen ist, daß sie die Zukunft der deutschen Wirtschaft, die Rolle, die das deutsche Proletariat in dem Aufbauversuch der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland durch den Willen der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer sozialdemokratischen Schleppenträger spielen soll, gegenüberstellen der Entwicklung, die die Wirtschaft in Rußland auf dem Boden der Diktatur des Proletariats genommen, welche Widerstände das russische Proletariat überwunden hat und welche Rolle es in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Rußlands spielt. Vergleiche die Knechtung der deutschen Arbeiter im Interesse des

(4. Abonnement.)